

**Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich**

vom 2. September 2005

1192. Dringliche Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion betreffend ZürichForum AG, Ablehnung des Zusatzkredites 2005. Am 6. Juli 2005 reichte die SVP-Fraktion folgende Dringliche Schriftliche Anfrage GR Nr. 2005/279 ein:

Am 6. Juli 2005 hat der Gemeinderat den dringlichen Zusatzkredit zur Beteiligung an der ZürichForum AG abgelehnt.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Konsequenzen zieht der Stadtrat aus der Nichtgenehmigung des dringlichen Zusatzkredites für die Beteiligung an der ZürichForum AG durch den Gemeinderat?
2. Wie hoch sind, abgesehen von der finanziellen Beteiligung von 1,9 Millionen, die totalen Aufwendungen im Zusammenhang mit der ZürichForum AG?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Stadtrat kann für dieses Geschäft aus der Nichtgenehmigung des Beteiligungskredites an der ZürichForum AG keine direkten Konsequenzen ziehen, da er sich im Rahmen des von der Stadt mitgetragenen Public Private Partnership (PPP) vertraglich und gesellschaftsrechtlich zur Mitwirkung verpflichtet hat. Die Stadt ist als Aktionärin gehalten, die von ihr gezeichneten Aktien nach Liberierungsplan der Gesellschaft zu liberieren bzw. zu bezahlen.

Der Entscheid des Stadtrates für die Beteiligung an der ZürichForum AG ist zudem im Rahmen der gültigen Kompetenzordnung innerhalb der dem Stadtrat nach Gemeindeordnung zustehenden Kompetenz gefällt worden.

Der Stadtrat nimmt jedoch die mit der Nichtgenehmigung des Zusatzkredites erteilte geschäftspolitische Rüge ernst und ist sich bewusst, dass die Inanspruchnahme der Dringlichkeitsklausel nach Art. 5 Abs. 2 Finanzverordnung nur bei Vorliegen der verlangten Voraussetzungen und nur mit Zurückhaltung erfolgen darf. Er wird diesem Gesichtspunkt in Zukunft noch stärkere Beachtung schenken.

Bezüglich Beteiligung an der ZürichForum AG muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Stadt ein eminentes Interesse daran hat, dass das neue Kongresszentrum zielstrebig entwickelt und realisiert werden kann, unter wesentlichem Einbezug der städtischen Zielvorstellungen. Das setzt aber klar voraus, dass die Stadt intensiv und aktiv in der Entwicklungsträgerschaft eingebunden und vertreten ist, was nur im Rahmen des PPP von ZürichForum gewährleistet war und ist.

Zu Frage 2: Die ZürichForum AG ist mit einem Aktienkapital von 7 Mio. Franken dotiert. Die Gesellschaft bezweckt die Entwicklung des Projektes für das Neue Kongresszentrum Zürich am Standort des heutigen Kongresshauses und auf dem benachbarten Areal der H. Kracht's Erben AG sowie den Verkauf des fertig entwickelten Projektes an eine künftige Projektträgerin, welche das Vorhaben dann realisieren soll. Nach Erreichung dieses Zweckes soll die Gesellschaft wieder aufgelöst werden. Mit dem Aktienkapital sind

nach aktuellen Budgetvorstellungen alle Aufwände für die Erreichung dieser Zielsetzung abgedeckt. Der Stadt entstehen somit keine zusätzlichen eigenen Aufwände für die Projektentwicklung. Die Eigenleistungen der Aktionäre, also der Zeitaufwand für die in den Organen und Arbeitsgruppen der Gesellschaft mitwirkenden Personen, auch der Stadt Zürich, werden der AG nicht als Aufwand in Rechnung gestellt. Es handelt sich dabei um aufgabenimmanente Tätigkeiten der betreffenden Personen, wie sie auch für andere städtische Aufgaben und Projekte bzw. Abordnungen oder Delegationen erbracht werden müssen. Diese Aufwendungen werden nicht separat erfasst und können deshalb auch nicht ausgewiesen werden (sie sind mit der Entlohnung der betreffenden Personen abgegolten). Würde die Stadt im Auftrag der ZürichForum AG ein spezielles Mandat übernehmen, so würde dieser Aufwand im Auftragsverhältnis durch die AG separat entschädigt.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy